

445

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigl.
21. Jahrg. Wien, Montag, 20. November 1911.

Gegenüber der Meldung eines hiesigen Montag-Blattes über angebliche Verhandlungen mit Bürgermeister Dr. Neumayer wegen Berufung in das österreichische Herrenhaus sind wir ermächtigt mitzuteilen, daß niemand mit dem Herrn Bürgermeister eine derartige Verhandlung gepflogen hat und daß die in der Notiz genannten zwei Personen nicht in der Lage wären, eine derartige Verhandlung zu führen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Wien, Montag, den 20. November 1911; abends.

Zur Kopalfeyer in Zaain. An der gestrigen Kopalfeyer in Zaain nahm in Vertretung der Stadt Wien nicht wie irrtümlich von dort gemeldet wurde, GR Leitner, sondern GR kais. Rat B a r o n teil der in seiner Rede auch nicht davon sprach, die Stadt Wien gedanke Kopal durch die Aufstellung eines Denkmals auf dem Platze vor der Votivkirche zu ehren, sondern „durch die Aufstellung eines Denkmals auf einem e n t s p r e c h e n d e n Platze“.

Um gütige Aufnahme dieser Richtigstellung wird dringendst gebeten.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Eigel.
21. Jahrg. Wien, Montag, 20. November 1911.

Eine neue Schule im 2. Bezirk. Infolge der Ueberfüllung der Bürger- und Volksschulen 2. Bezirk Sterneekplatz 1 und 2 sowie Wolfgang Sohmälzlgasse 13 und 15 war es notwendig geworden den Neubau einer Doppelvolkschule auf dem größeren Teil des im März 1909 um 278.100 K angekauften Baugrundes von zusammen 4215 m² Fläche an der Feuerbachstraße - Jungstraße und Schönngasse im Dezember 1909 in Angriff zu nehmen, welcher Ende 1910 benützungsfähig fertiggestellt wurde, so daß der Unterricht am 2. Jänner 1911 begonnen werden konnte. Das große durchaus 3 Stock hohe Doppelschulgebäude umfaßt 3 Gassentrakte mit einer Ein- und Durchfahrt an der mit einem kleinen Vorgarten versehenen abgerundeten stützknickigen Ecke der Feuerbachstraße und Jungstraße und den beiden Eingängen für die Volksschule und die künftige Bürgerschule in je ein gemeinsames geräumiges Vestibule, und zwar für die Mädchen Volksschule in der Feuerbachstraße und für die Knaben Volksschule in der Schönngasse 2. Ausser den Eingängen wurden auch die Stiegenhäuser und Lehrzimmer über dem Vestibule für die künftigen Anbauten in beiden Gassen für die Bürgerschulen aus baukonstruktiven Gründen einheitlich mit dem Bau ausgeführt. Die beiden Doppelstiegen für die Knaben- und Mädchen Volksschulen und Bürgerschulen sind zweiarmlige Traversenstiegen aus Granit mit 1.60 m Breite. Die gegen den Hof ringsum laufenden 3 m breiten Gänge werden mäßig beheizt und sind an der Mittelmauerseite eiserner vergitterte Kästen für Kleiderablagen aufgestellt. Die Zwischendecken und schmalen Fensterzwischenpfeiler sind aus Eisenbeton, die Fußböden der Lehrräume mit Linoleum belegt, die Aborte und Gänge, wie Souterrainräume besitzen Terrazzopflaster. Das Schulgebäude enthält: 30 Lehrzimmer für beide Volksschulen, anschließend in den 3 Stockwerken für Knaben und Mädchen, je 3 zusammen 6 Lehrzimmer für die künftigen Bürgerschulen, 2 Turnsäle mit Garderoben, an der Knabenschule zwei Räume für den Knaben - Handfertigkeits Unterricht, ferner 2 Kanzleien, 2 Konferenzzimmer, 7 Lehrmittelzimmer und zwei Schuldienerrwohnungen; im Souterrain 2 Warteräume, 1 Auspelserraum mit Küche und Nebenräumen, die beiden Kesselhäuser für die Niederdruckdampfheizung, Brennmaterialräume und Waschküchen. Die Beleuchtung aller Räume erfolgt elektrisch, jene der Aborträume durch Gas. Die Kosten des Baus samt innerer Einrichtung betragen rund 725.000 Kronen. - Die Bauleitung wurde durch den Baurat Ing. Karl Hautfleisch und den Obering. Heinrich Froede, die architektonische Durchbildung durch den Architekten Adolf Stöckl besorgt.

Diese Schule wird morgen Dienstag, feierlich eingeweiht werden.

Die Sperrung der Komenekyschulen. Wie bekannt wurde über Anordnung des Bürgermeisters Dr. Neumayer die unbefugte tschechische Privat - Volksschule im 12. Bezirk, Ehrenfelegasse 16 gesperrt. Das seinerzeit vom Vereine Komenky überreichte Gesuch um Bewilligung dieser Privat - Volksschule, welches schon vom n. B. Landesschulrate abweislich beschieden worden war, wurde im Rekursewege nunmehr auch vom Unterrichtsministerium abgewiesen. Die oberste Unterrichtsbehörde hat damit anerkannt, daß der Betrieb dieser tschechischen Privat - Volksschule widerrechtlich und daß somit die vom Bürgermeister verhängte Sperre der Schule vollkommen gerechtfertigt war.

Umgestaltung des Pflasterwesens in Wien - Mehr Asphaltstraßen

Der gemeinderätliche Ausschuss zur Beratung und Antragstellung über die künftige Neugestaltung des Wiener Pflasterwesens hielt in der letzten Zeit eine Reihe von Sitzungen ununter dem Vorsitz seines Obmannes GR. Eigner ab.

Gelegentlich der Aufstellung des Pflasterungs Präliminars für das Jahr 1912 hat sich das Stadtbaumeisteramt dafür eingesetzt, geräuschverminderndes Pflaster in größerem Umfange zur Anwendung zu bringen.

Es wurde dafür geltend gemacht, daß das geräuschvermindernde Pflaster sich bereits in allen Großstädten Bahn gebrochen hat. Die Vorteile dieser Pflasterung in hygienischer Hinsicht sind so bedeutend, daß die Frage der Herstellungs- und Erhaltungskosten und die für das Pferdeuhrwerk entstehenden angeblichen Nachteile gar nicht in Betracht kommen. Uebrigens sind die Herstellungskosten für geräuschverminderndes Pflasterungen noch immer wesentlich geringer als die für erstklassiges Granitpflaster.

Mit den bei Ergatz von Steinpflaster mit geräuschverminderndem Pflaster gewonnenen alten Steinen könnten mit geringen Kosten Schotterstraßen der äußeren Bezirke der Pflasterung unterzogen und dadurch die Verkehrsverhältnisse gebessert sowie die bedeutenden Erhaltungskosten der Schotterstraßen vermindert werden. Es werde Aufgabe der Pferdebesitzer sein, den Rufbeschlag, der in seiner jetzigen Form schon seit undenklichen Zeiten besteht, den neuen Straßen anzupassen, wie dies ja in vielen großen Städten der Fall ist. Die Mitglieder des Ausschusses begrüßten die Anregung des Stadtbaumeister auf die umfassende Anwendung des geräuschvermindernden Pflasters mit Genugtuung. Es müsse endlich daran gegangen werden, die Straßen insbesondere in den dichtverbauten Bezirken von dem lärmverursachenden Granitpflaster zu befreien.

Die Bedenken hinsichtlich des Pferdeuhrwerksverkehrs seien um so hinfalliger, als ja die Automobilisierung der Fuhrwerke rapide Fortschritte mache. Es gehe nicht an, den Fortschritt aufzuhalten und die Bevölkerung von Wien abseits von den Wohltaten der geräuschvermindernden Pflasterung auszuschließen. Die Befürchtung, daß bei größerer Ausdehnung der geräuschvermindernden Pflasterflächen die Pferdeuhrwerke geringer laden können werden, was eine Steigerung der Fuhrwerkpreise zur Folge haben wird, sei unbegründet. Infolge einer geringeren Ladung würde auch das Schwerfuhrwerk ^{rascher} fahren können, wie dies zum Beispiel in London der Fall ist. Dadurch würden die Verkehrsverhältnisse bedeutend gebessert, da jetzt die glatte Abwicklung des Verkehrs durch das ^{langsame} fahrende Schwerfuhrwerk am meisten gehindert wird. Natürlicherweise wurde auch auf die ^{großen} Nachteile der Granitpflasterung in gesundheitlicher Richtung hingewiesen.

Es würde schließlich folgender Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben: Der Ausschuss spricht sich dahin aus, daß überall dort, wo Verbaunungs-, Verkehrs- und Gefälleverhältnisse es gestatten, statt des Steinpflasters geräuschverminderndes Pflaster zu legen ist.

Goldene Hochzeit. Vor einigen Tagen feierte das Ehepaar Johann und Anna Marie Wiesner das Fest seiner goldenen Hochzeit. Der Mann ist gelernter Zimmermann und arbeitete in seinem Fache vom Jahre 1878 bis 1910 im Schloßpark Schönbrunn. Auch seine Gattin war dort durch 30 Jahre als Tagelöhnerin beschäftigt. Beide beziehen kleine Ruhegehälter. Die kirchliche Zeremonie fand in der Reindorfer Pfarrkirche statt. In Vertretung des Bürgermeisters wohnte Bezirksvorsteher Kunz von Rudolfsheim der Feier bei und überreichte die übliche Ehrengabe. Gleichzeitig beging die Tochter des Jubelpaares Marie Erberstorffer das Fest der silbernen Hochzeit.

Protestversammlung der Gewerbetreibenden in Waidhofen a. d. Ybbs. Vor einigen Tagen veranstaltete die Ortsgruppe Waidhofen a. d. Ybbs des „D.-G.-Gewerbekundes“ ihre Generalversammlung, die massenhaft besucht war. Nach Erstattung des Rechenschaftsberichts wurde dem scheidenden Ausschusse, insbesondere dem bisherigen Obmann Dobrovsky Dank und Vertrauen votiert. Zum neuen Vorstände wurde der Vorsteher der Bäckergewerkschaft Franz Kottar gewählt, der in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit der Ausschaltung kleinlicher parteipolitischen Differenzen im Gewerbebetriebe betonte. Lebhaft begrüßt, sprach dann der Präsident des Bundes über die Aufgaben einer ehrlichen, rein wirtschaftlichen Gewerbepolitik.

In sehr schaffenen Worten richtete sich Präsident Bandouin insbesondere gegen die Anträge Lasocki - Dr. Verstovsek, deren Annahme im Feuerungsausschusse das Unverständnis der wichtigsten gewerblichen Lebensfragen unserer Volksvertreter und die Majorisierung der gewerbefreundlichen Abgeordneten ein grelles Licht werfe. Hierauf wurde nachstehende von Bundessekretär Hainzlmayr beantragte Resolution einstimmig angenommen: Die in Waidhofen versammelten Gewerbetreibenden und Delegierten der Ortsgruppe Ybbsitz protestieren auf das entschiedenste gegen jeden Versuch, im Wege der Abänderung des § 14 G. O. das Bäcker- und Fleischhauergewerbe durch unbeschränkte Erteilung von Dispensen vom Befähigungsnachweise durch die Landesbehörden seines handwerkemäßigen Charakters zu entkleiden. Die Gewerbetreibenden von Waidhofen und Ybbsitz protestieren gegen die in den Anträgen Verstovsek und Lasocki gelegene schwere Verletzung der Standesehre, welche mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die zum Antritte eines handwerkemäßigen Gewerbes geforderten Nachweise in offener Widersprache stehen. Sie protestieren gegen jede, sei sie im Gesetzes- oder Verordnungswege zu erlassenden den Betrieb des Bäcker und Fleischhauergewerbes durch Landwirte erleichternden Bestimmungen, weil hiedurch die beiden altwürdigen, schwerbelasteten Gewerbe allmählich vollständig ausgeschaltet würden, ohne daß der Bevölkerung auch der geringste materielle Vorteil damit geboten und die herrschende Teuerung irgendwie gemildert würde. Die versammelten Gewerbetreibenden weisen auch auf die sanitären Gefahren der abgenannten Anträge hin. Denn während Bäcker und Fleischer zur Befolgung strenger sanitären respektive Veterinärpolizeilicher Vorschriften bedeutende Investitionen in ihren Betrieben machen müssen und auch jederseits leicht kontrollierbar sind, fällt dies alles bei den Landwirten weg, und ist eine behördliche Kontrolle so gut wie angeschlossen. Die Gewerbetreibenden von Waidhofen protestieren gegen die Durchlöcherung des § 14, welche die schwerwiegendsten Folgen für alle handwerkemäßigen Betriebe haben müßte und erklären sich mit dem bedröhten Bäcker- und Fleischhauergewerbe solidarisch. Die gewerbefreundlichen Abgeordneten werden aufgefordert, gegen die beiden Anträge des Feuerungsausschusses mit aller Energie Stellung zu nehmen und dieselben im Plenum des Hauses abzulehnen.